

An die
Bundesjustizministerin Brigitte Zypries
BMJ
Mohrenstr. 37
10117 Berlin

Sehr geehrte Frau Ministerin,

SOLWODI hat Sie über die Kampagne für eine Reform des umstrittenen Prostitutionsgesetzes (ProstG) informiert. Ich bin wie SOLWODI der Meinung, dass die GesetzgeberInnen die Menschenwürde und das Selbstbestimmungsrecht von Frauen in der Prostitution zu achten und zu schützen haben und daher jegliches Zuwiderhandeln der Profiteure im Rotlichtmilieu – zum Beispiel Zuhälter und Bordellbetreiber – konsequent als Straftaten ahnden müssen. Ich unterstütze die folgenden SOLWODI-Forderungen für Gesetzesreformen und bitte Sie, sich dafür einzusetzen:

- **Keine abhängige Beschäftigung von Prostituierten, sondern ausschließlich selbständige Tätigkeit ohne Weisungsbefugnisse Dritter.**
- **Strafrechtliche Verfolgung jeglicher Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht sowie jeglicher Einschränkung der Dispositionsfreiheit von Prostituierten.**
- **Aufhebung des „Vermieterprivilegs“, das es Betreibern sogenannter Laufhäuser und anderer Prostitutionsstätten ermöglicht, horrenden Zimmermieten zu verlangen.**
- **Heraufsetzung des Schutzalters Heranwachsender in der Prostitution auf 21 Jahre.**
- **Bestrafung von Freiern, die wissentlich mit Zwangsprostituierten verkehren.**
- **Wiedereinführung der regelmäßigen Pflichtuntersuchung von Prostituierten, verbunden mit psycho-sozialen Beratungsangeboten in den Gesundheitsämtern.**
- **Staatlich finanzierte, flächendeckende Ausstiegsberatung für Prostituierte sowie spezielle Qualifizierungs- und Förderprogramme für den Einstieg in ein normales Berufsleben.**

Mit freundlichen Grüßen